

(Abgeordneter Müller [Zwickau].)

(A) und aus diesen Gründen halte ich einen solchen Pachtvertrag solange nicht für diskutabel, als wir nicht die Möglichkeit haben, Einsicht in ihn zu nehmen und seine Bestimmungen auf ihren näheren Wert nachzuprüfen. Aus diesen Erwägungen sind wir gegenwärtig nicht in der Lage, diesem Abkommen zuzustimmen; wir lehnen es ab.

Präsident: Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Berichterstatter Sekretär Dr. Schanz!

Berichterstatter Sekretär Dr. Schanz: Meine Herren! Der Pachtvertrag, um den es sich hier handelt, wird, soweit er überhaupt ständischer Einwirkung zugänglich ist, auch der Kammer vorgelegt werden, und soweit die Kammer — ob vor oder nach Abschluß des Pachtvertrages — irgend ein Recht der Einwirkung auf die Bestimmungen des Pachtvertrages hat, wird der Kammer Gelegenheit gegeben werden, dies auszuüben. Infolgedessen ist meines Erachtens das Bedenken, das die Herren Abgeordneten Fleißner und Müller geäußert haben, nicht durchschlagend, und ich bitte die Kammer, den Antrag der Finanzdeputation A anzunehmen.

Präsident: Wir kommen zur Abstimmung.

(B) Will die Kammer dem Vereinigungsbeschuß zustimmen?

Gegen 8 Stimmen.

Wir kommen zu Punkt f des Vereinigungsverfahrens: **über Kap. 59a des ordentlichen Staatshaushaltsplanes für 1918/19, Technische Staatslehranstalten.**

Berichterstatter Herr Abgeordneter Dr. Steche.

Ich eröffne die Debatte und gebe ihm das Wort.

Berichterstatter Abgeordneter Dr. Steche: Meine Herren! Bei Kap. 59a, Staatslehranstalten, war eine Meinungsverschiedenheit der beiden Kammern hinsichtlich der Begründung einer Lehrerstelle für Vermessungskunde vorhanden. Die Erste Kammer wünschte diese Lehrerstelle einzurichten, die Zweite Kammer stand auf dem entgegengesetzten Standpunkt. Im Vereinigungsverfahren ist die Deputation der Zweiten Kammer dem Beschlusse der Ersten Kammer beigetreten. Ich habe den Auftrag, Sie zu bitten, dem Antrage der Deputation beizustimmen und nach der Vorlage das Kapitel zu verabschieden.

Vizepräsident Dr. Spieß: Das Wort hat Herr Abgeordneter Rentsch.

(C) **Abgeordneter Rentsch:** Meine Herren! Ich muß recht lebhaft bedauern, daß im Vereinigungsverfahren von der äußersten Linken bis in die Mitte des Hauses den Bestrebungen der Regierung, die Landmesser Sachsens gegen diejenigen anderer Bundesstaaten dadurch herabzudrücken, daß sie von der Technischen Hochschule weggewiesen werden sollen, in letzter Stunde noch Unterstützung zuteil geworden ist.

Dieses unfreundliche, fast an Feindseligkeit grenzende Verhalten der königlichen Staatsregierung gegen einen ganzen Berufsstand, nur um eine Interessengruppe von Beamten zu schützen und zu stützen, welche unseren Haushaltsplan in seinen Ausgaben naturgemäß unnötig weiter belastet, muß ganz auffällig erscheinen, umsomehr, als ein seit Menschengedenken bestehender Zustand zuungunsten eines Berufsstandes ausgerechnet gerade in dem Augenblicke so tief einschneidend geändert werden soll, wo die weitaus größte Zahl der Berufsgenossen im Felde steht und nicht gehört werden kann. So außerordentlich dringlich ist diese Sache keineswegs, und ich muß entschieden bestreiten, daß die Angelegenheit nicht noch zwei Jahre hätte warten können. Ich möchte wissen, was die Herren von der linken Seite des Hauses, die mir vorgehalten haben, ich verträte dabei nur Sonderinteressen, sagen würden, wenn ihnen oder ihren Berufsgenossen eine gleiche oder ähnliche Behandlung und Unterdrückung zuteil geworden wäre. (D)

Ich selbst und die rechte Seite des Hauses haben keinerlei Sonderinteressen vertreten, als wir für den Berufsstand der Landmesser eintraten. Dagegen möchte ich ganz entschieden Verwahrung einlegen.

Vizepräsident Dr. Spieß: Der Herr Borredner hat das Verhalten der königlichen Staatsregierung als unfreundlich, fast an das Feindselige grenzend bezeichnet. Das ist ein unzulässiger parlamentarischer Ausdruck, den ich zurückweisen muß.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Müller (Zwickau).

Abgeordneter Müller (Zwickau): Meine Herren! Wir haben uns nach den Darlegungen der Staatsregierung von der Richtigkeit ihrer Auffassung hinsichtlich der einheitlichen Behandlung in der Ausbildung der Landmesser überzeugen lassen. Es ist zuzugeben, daß diese Auffassung der Staatsregierung etwas für sich hat. Aus dieser Erwägung heraus haben wir denn auch gestern der Einstellung im ordentlichen Haushaltsplan unsere Zustimmung gegeben, und ich will nur darauf hinweisen, daß es der vom Herrn Borredner gewünschten Vertagung dieser Frage auf zwei Jahre hinaus nicht bedarf. Die Staatsregierung ist zweifellos auch in der Lage, in der Zwischen-